Deutschtum in der Tschechoslowakei

Von Paul Olberg (z. Z. Prag)

Von den neuen europäischen Staaten, die nach dem Weltkrieg entstanden sind, verdient zweifellos in der öffentlichen Meinung Deutschlands die Tschechoslowakei das größte Interesse. Etwa 23 Prozent der Bevölkerung dieses Landes setzt sich aus Deutschen zusammen. Hier haben wir einen bedeutenden Faktor national-kultureller Gemeinschaft mit Deutschland. Angesichts der geographischen Lage des tschechoslowakischen Staates und seiner Außenpolitik, die stark von den westeuropäischen Ländern beeinflußt wird, bildet die Stellungnahme der Tschechoslowakei zu der deutsch-österreichischen Anschlußbewegung ein sehr ernstes Problem. Darüber hinaus können wir in der Tschechoslowakei mehr als in irgendeinem andern Staate die Anwendung der Grundsätze des Sozialismus beim Aufbau und der Gestaltung eines neuen Staates verfolgen. Handelt es sich doch hier um einen prägnanten Fall der Schaffung eines Staates im wahren Sinne des Wortes, bei dem die Nationalitätenfrage im Vordergrund steht. Außer diesen allgemeinen prinzipiellen Momenten ist die gegenwärtige aktuelle Politik der Tschechoslowakei von großem Interesse. Man kann jetzt gewissermaßen eine Bilanz der Zusammenarbeit der deutschen Sozialdemokratie mit den tschechischen Parteien in der Regierung ziehen. Wie die meisten europäischen Staaten, macht auch die tschechoslowakische Republik eine schwere Wirtschaftskrise durch. Ueber alle diese Fragen habe ich mich auf meinen zwei letzten Studienreisen in der Tschechoslowakei in autoritativen Kreisen unterrichtet. Liebenswürdigerweise wurden mir Unterredungen gewährt vom Vorsitzenden des tschechischen sozialdemokratischen Klubs, Tomajek, vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und tschechischen sozialdemokratischen Ernährungsminister Bechyné, vom tschechischen Präsidenten des Senats (der Zweiten Kammer) Soukup und von dem deutschen sozialdemokratischen Minister für soziale Fürsorge bzw. dem Arbeitsminister Czech. Außerdem habe ich mich mit den Führern der Gewerkschaften und Genossenschaften über die Verhältnisse des Landes eingehend unterhalten. Besonders versuchte ich folgende Fragen aufzuklären:

Wird die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit zu einem ähnlichen System der vollen Gleichberechtigung des tschechischen, deutschen, slowakischen und russokarpathischen Volksteils gelangen, wie dies heute in der Schweiz eine Selbstverständlichkeit ist, wo eine deutsche Majorität, eine starke französische und eine schwächere italienische Minderheit voll gleichberechtigt neben- und miteinander wohnen?

Ist nicht zu befürchten, daß die Tschechoslowakei von einer solchen Aera weiter entfernt ist als je, wenn es möglich war, daß in Prag die Aufführung der von dem deutschen Komponisten Beethoven vertonten „Hymne an die Freude" des deutschen Nationaldichters Schiller in der deutschen Sprache verhindert wurde?

Gibt es Strömungen in der Tschechoslowakei, die annexionistische Gelüste in der Richtung auf die Lausitz (slawisches Element) und auf die bayrische Grenze (Bayrischer Wald) haben?

Wie ist die Stellung zur Anschlußfrage?

Wickelt sich der Ausfuhrverkehr der Tschechoslowakei über den deutschen Auslandshafen Hamburg und auf dem deutschen Fluß Elbe glatt ab?

Welche Erfahrungen hat die Koalitionspolitik ergeben?

Welche Fragen beschäftigen gegenwärtig besonders die tschechoslowakische Politik?

Nachstehend gebe ich den Inhalt meiner Unterredungen frei wieder, begleitet mit einer kurzen kritischen Beleuchtung.

Nach den Angaben der deutschen Kreise läßt die rechtliche Lage der deutschen Bevölkerung sehr viel zu wünschen übrig. Besonders scharf soll sie in der Schule und in der Verwaltung benachteiligt werden. Zur Illustration wurden mir ernste Belege angeführt. Dagegen beteuerten mir die tschechischen Politiker, daß die kulturellen und politischen Ansprüche der Deutschen immer mehr und mehr eine gerechte Berücksichtigung finden, und daß die Beziehungen zwischen den Tschechen und den Deutschen sich immer befriedigender für beide Teile gestalten. Ein Widerspruch liegt auf der Hand. Einen klaren Begriff von der wirklichen Sachlage bekommen wir, wenn wir uns die Entstehung und Entwicklung der tschechoslowakischen Republik vergegenwärtigen. In ihrer Eigenschaft als Vertreter der Mehrheit der tschechischen Nation wirkten die tschechischen Sozialdemokraten an dem Aufbau der Republik mit. Sie stellten sich von Anfang an auf den Standpunkt, daß sie hauptsächlich für den Staat und seine Entwicklung verantwortlich sind. Daraus ergab sich die bejahende nationale Politik der Republik. Dabei kommen zweifellos bedauerliche Abweichungen von einer gesunden nationalen Politik vor. Der Eifer für das Schicksal des Staates ist bei den tschechischen Sozialdemokraten zu stark, daher die Politik zuungunsten der sozialistischen Grundsätze des Internationalismus. Ich habe aber die feste Ueberzeugung gewonnen, daß die Beziehungen zwischen der deutschen und der tschechischen Bevölkerungsschicht sich bessern. Der Gegensatz wird von innen her überwunden. Dieser Gesundungsprozeß, dem die politischen Parteien und die Regierung Rechnung tragen müssen, vollzieht sich aber außerordentlich langsam. Als bedeutsamer Wendepunkt in dieser Hinsicht ist der Eintritt der deutschen Sozialdemokratie in die Koalitionsregierung anzusehen. Dieser Entschluß ist auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien gestoßen. Die tschechische Sozialdemokratie machte jedoch ihren Einfluß geltend und brach den Widerstand.

Der Mainzer Dom

Indem die tschechischen sozialdemokratischen Politiker auf die bedauerliche Begleiterscheinung bei der Aufführung von Beethovens „Hymne an die Freude" eingingen, sprachen sie geradezu mit Entrüstung über diese chauvinistische Aktion. Sie verurteilten den Fall, für den einzig und allein die reaktionäre nationaldemokratische Partei verantwortlich ist.

Allerdings ist ein System der vollen und tatsächlichen, d. h. nicht nur verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten der Republik mit den Tschechen noch ein Zukunftsideal.

Meine zweite Frage bezüglich etwaiger aggressiver und annexionistischer Strömungen wurde sowohl von deutscher als auch von tschechischer Seite entschieden verneint. Selbst die nationalistische Presse befaßt sich sehr selten mit derartigen Plänen, und zwar nur aus agitatorisch-politischen Motiven. Eine reale Bedeutung hat diese Propaganda nicht.

In der Stellungnahme der maßgebenden tschechischen Kreise zu der deutsch-österreichischen Anschlußbewegung konnte ich keine Veränderung feststellen. Sie ist, wie vorher, ablehnend. Im übrigen ist dieser Standpunkt, wie schon angedeutet wurde, von der Politik der westeuropäischen Mächte in ganz hohem Maße beeinflußt. Ich habe sogar eine vielleicht etwas übertriebene Meinung gehört, die man folgendermaßen zusammenfassen kann: Sobald Frankreich sich für den Anschluß aussprechen wird, ist die Zustimmung der Tschechoslowakei dafür sicher. Ein Widerstand der Tschechoslowakei gegen die Anschlußbewegung um jeden Preis wäre also nicht zu erwarten.

Der Warenverkehr der Tschechoslowakei über den deutschen Auslandshafen Hamburg, der vor einiger Zeit begonnen hat, ist für die tschechoslowakische Wirtschaft hauptsächlich von großer technischer Bedeutung, indem er den Warentransport beschleunigt und die Zollformalitäten erheblich erleichtert. Der Verkehr wickelt sich glatt, ohne Reibungen, ab.

Die Erfahrungen der deutschen Sozialdemokraten mit der Beteiligung an der Koalitionsregierung scheinen im großen und ganzen befriedigend zu sein. Als sie in die Regierung eintraten, stellten sie sich in erster Linie die Demokratisierung des Schulwesens im Sinne der kulturellen Selbstverwaltung und die gleiche Sicherstellung des Arbeitsplatzes der nichttschechischen Arbeiter und Angestellten wie der tschechischen zur Aufgabe. Die tschechischen Sozialdemokraten haben entschlossen ihre Unterstützung bei der Durchführung dieser Forderung zugesagt. Die wirtschaftliche Entwicklung oder richtiger, die scharfe Wirtschaftskrise des Landes wollte aber, daß die drei sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei, die deutschen Sozialdemokraten, die tschechischen Sozialdemokraten und die tschechischen Nationalsozialisten, die man, nebenbei bemerkt, nicht mit den deutschen „Nationalsozialisten" verwechseln darf, sich der Sozialpolitik und dem Kampf um eine demokratische Wirtschaftspolitik widmen mußten. Denn diese beiden Fragen stehen im Mittelpunkt der gegenwärtigen Politik der Republik. Das Land zählt etwa 90 000 Arbeitslose, was für die Tschechoslowakei eine große Zahl ist. Die Landwirtschaft führt Klage über die unvermeidliche Katastrophe. Es war mit erfreulich, festzustellen, daß gerade der deutsche sozialdemokratische Minister für soziale Fürsorge, Doktor Czech, sich als ausgezeichneter Führer der organisierten Arbeiterschaft der Tschechoslowakei auf dem Gebiet der Sozialpolitik erwiesen hat. In der kurzen Zeit von vier Monaten vermochte er ein umfangreiches Programm ausführlich auszuarbeiten und zum großen Teil durchzuführen. Um die Tätigkeit des Ministers Czech zu schildern, müßte man einen speziellen Artikel schreiben. Ich muß mich daher auf Stichworte beschränken. So wird z. B. die obligatorische Arbeitslosenversicherung eingeführt; ferner soll ein umfangreiches Bauprogramm durchgeführt werden; 20 Millionen tschechische Kronen sollen jährlich für den Bau kleiner Wohnungen für die ärmere Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden; der Mieterschutz, gegen den die bürgerlichen Parteien Sturm laufen, soll verlängert werden; vorgesehen ist die baldige Erweiterung auf sozialer Grundlage der Gesetzgebung über Invaliden- und Jugendfürsorge, über Jugendinspektorat, die Wahlordnung für die Krankenkassen, die Krankenversicherung für Privatangestellte usw. Natürlich müssen alle diese Reformen in schwerem Kampfe der drei sozialistischen Parteien gegen die bürgerlichen Parteien durchgeführt werden.

Zur Milderung der landwirtschaftlichen Krisis fordern die Agrarier der Tschechoslowakei staatliche Unterstützung, Unterstützung und wieder Unterstützung. Zollerhöhung soll weitgehendst durchgeführt werden. Dabei berufen sie sich auf die jüngsten deutschen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft. Dagegen versuchen die sozialistischen Parteien, eine Teurung der Lebensmittel zu vereiteln. Verschiedene Pläne werden eingehend erwogen, wie z. B. die Einführung eines Getreidemonopols, gesetzliche Preisreglung des Getreides usw. Es ist zu hoffen, daß sie den Kampf gegen die Agrarier mit Erfolg ausfechten werden. —

Kant im liberalen Ostpreußen

Von Fr. W. Spitzner

Am 12. Februar 1804 hatte Immanuel Kant, der Weise von Königsberg, die ostpreußischen Gefilde, denen er erdverbunden war, für immer verlassen. Man könnte ihn allgemein und äußerlich jenen Denkern und Dichtern der damaligen Zeit gleichstellen, die ihre hohen Gedanken von Menschentum und Menschenwürde innerhalb der engen Atmosphäre konservativ-bourgeoisen und byzantischen Egoismus nicht verwirklichen durften und sich deshalb, weil sie ihrer Zeit um ein Jahrhundert voraus dachten, aus der natürlichen in die überschwengliche Misere (die Dichtkunst) retteten. Aber Ostpreußen war um die damalige Jahrhundertwende den — philosophisch allerdings stark verklausulierten — freiheitlichen Gedankengängen eines Kant weniger wesensfremd als man für gewöhnlich bei der Namensnennung der östlichen Provinz Preußens annimmt.

Wir sind heute der Meinung, daß nach dem ostpreußischen Lande noch sehr viel republikanischer Geist verpflanzt werden muß. Jedoch als das 18. und 19. Jahrhundert einander zu nähern begannen, herrschte dort „freie Luft". Man darf mit einiger Wahrscheinlichkeit sogar annehmen, daß der „Traktat über den ewigen Frieden", in dem noch jugendliche Impulse Kants stecken, ohne ostpreußische Luft um die Mitte des 18. Jahrhunderts noch nicht so wirkungsvoll geschrieben worden wäre.

Die ostelbischen Ritter und Junker hatten sich in fortlaufender Linie von Raubrittern zu Gutsbesitzern entwickelt. Der Anfang dieser Entwicklung weist bis in das 15. Jahrhundert zurück. Das Getreide der adligen Großgrundbesitzer war ein begehrter Handelsartikel geworden und mit scheelen Augen sahen sie auf die Handelsmonopole der mittelalterlichen Städte. Das Markt- und Bannrecht ließ das bäuerliche Getreide zu verhältnismäßig billigen Preisen in die Städte fließen. Die städtischen Hanseaten warfen dies Bauerngetreide auf den Markt und konkurrierten mit dem ritterlichen Getreidehändler. Es ist zu verstehen, daß der Wunsch der Ritter der zentralisierte Staat wurde, den sie beherrschen konnten und den sie infolgedessen soweit förderten, wie er ihrem Grundbesitzerinteresse von Nutzen war. In der Zeit Kants hielten die ostpreußischen Ritter-Grundbesitzer ihre offenen Hände nach England hin, denn hier nach Großbritannien ging ihr Getreideexport, hier wuchs ihr Vermögen. Jede Verbarrikadierung der Grenzen verschlechterte ihre Lage. Außerdem konnte innerpolitisch ihr Grundbesitz nur im Wert steigen, wenn die Nachfrage danach von seiten des Bürgertums wuchs. Also mußten im Interesse der Junker die Schranken zwischen Adel und Bürgertum gelockert werden. Diesem rein wirtschaftlichen Bedürfnis trug die reformfreudige Provinzialregierung unter Schrötter, Auerswald und Schön Rechnung, und im Jahre 1802 flatterte von den Letztgenannten ein Programm nach Berlin, in welchem die „Freiheit der Gewerbe und des Handels für alle Volksklassen" verlangt wurde. Bereits 1806 lockerten sich die leibeignen Ketten der ostpreußischen Domänenbauern.

In dieser Welt, deren Blicke über Haff und Nehrung westwärts gen England schweiften, saß Immanuel Kant in der Provinzialhauptstadt Königsberg. Hier in dieser Luft, in reifem Alter, begründete der große Denker philosophisch die Gedanken der Republik: Gleichheit, Freiheit und Selbständigkeit der Staatsbürger. Die Vorrechte des Adels lehnte er ab. Der Staat, als die Organisationsform des sogenannten „gemeinen Wesens", muß die Privilegien dieser „temporären, vom Staate autorisierten Zunftgenossenschaft, die sich nach den Zeitumständen bequemen muß", abschaffen. Ein „angeerbter Adel" schien ihm „ein Gedankending ohne alle Realität", das „dem allgemeinen Menschenrechte, das solange suspendiert war, nicht Abbruch tun darf". Es war derselbe Geist, der aus dem Programm von 1802 sprach. So wurzelte Kant als Weltbürger auch in den Dingen seiner Heimat, und seine Prophetie scheint hier fundiert.

Das Bild des damaligen Ostpreußens rundete sich, als — Napoleon erschien. Er verhängte 1806 die Kontinentalsperre über das von ihm beherrschte Europa und unterband damit den Getreideexport nach England. Und die ostpreußischen Junker und Großagrarier? Sie spannen alle, Ritter und Bauern, Befreiungsträume vom französischen Joch, zogen als erste 1812 und 1813 begeistert in den Befreiungskrieg und schielten beim Vorsichhertreiben der französischen Heere nach England, wo sich die Tore für Ostpreußens Getreide wieder öffnen mußten. So groß war die „ideale" Begeisterung für den Kampf gegen den Korsen. Das ist alles recht frei nach der Kantschen Philosophie gewesen, denn danach bekommt den innern Wert die Handlung des Menschen erst dann, wenn sie ohne Neigung zur Handlung nur um der Pflicht willen geschieht. Der Wille, aus dem reinen Verstand geboren. Der analysierende Charakter des norddeutschen Menschentyps fand in Kant seinen Ausdruck. Friedrich Schiller, dem Anbeter des Idealen, war diese Art zu nüchtern, und er behauptete, Kant vertriebe die Grazien aus dem Reiche der Philosophie. Kant als Freund der „reinen Theorie" mied jeden überschwenglichen Ton, und sein „Schüler" Herder mußte sich von ihm in einer Kritik zur Ordnung rufen lassen, die Philosophie müßte „mehr im Beschneiden als im Treiben üppiger Schößlinge" bestehen.

Es ist nur natürlich, daß ein so logischer Denker schon rein formal gesehen auch nicht vor den politischen Schranken, die in jener Zeit bereits brüchig waren, Halt machen würde. Er wurde in dieser Beziehung zwangsläufig der Reihe der Naturrechtler zugezählt, die zu seiner Zeit als die eigentlichen (philosophischen) Nutznießer aus der französischen Revolution hervorgegangen waren. Der logische Zwiespalt der damals geübten Politik, zum Beispiel den Eigentumsrechten gegenüber, wurde ja auch von andern zeitgenössischen Denkern festgehalten. Man sprach es deutlich aus, daß die Verletzung der Eigentumsrechte durch den kleinen Mann als straffällig bezeichnet wurde, man nahm sie in derselben „großen" Praxis unter dem Namen „Politik" aber ohne Kritik entgegen. Diese Art der politischen Kritik fand bekanntermaßen ihren äußern Rahmen in der schwarzrotgoldenen Burschenschaft, deren Straßenkämpfer die „reine" und „praktische Vernunft" der preußischen und österreichischen Politik, die in der Theorie immer abgestritten wurde, in Form von Festungs- und Gefängnisstrafen zu spüren bekamen.

Die von Kant mitvertretene Richtung des philosophischen Denkens war natürlich alles andre als die seinerzeit geduldete Staatsphilosophie. Auch vor einem Manne wie Kant, dem als Kosmopolit die Begriffe Weltbürgertum und Patriotismus keine Dinge waren, die einander ausschlossen, machte die hohe Zensurbehörde keinen Halt. Was liegt in dieser Verbindung näher, als vielleicht mit Recht anzunehmen, daß, wie sich andre in die überschwengliche Misere der Dichtkunst retteten, Immanuel Kant durch die — Kompliziertheit seiner Sprache manches verdecken konnte, was sonst in der alltäglichen Umgangssprache zu einem ewigen Kriege mit dem heiligen Bürokratius geführt hätte, in dem der Sieg trotz der geistigen Unsterblichkeit für Kant sehr zweifelhaft gewesen wäre. Als Beispiel sei aus dem Jahre 1793 aus einem Aufsatze in der „Berliner Monatsschrift" der Gedanke über das „gemeine Wesen" herausgegriffen. Kant verurteilte im Hinblick auf die französische Revolution die Auflehnung gegen die souveräne Gewalt, „gegen die oberste gesetzgebende Macht". Das ist, so schrieb er, „das höchste und strafbarste Verbrechen im gemeinen Wesen, weil es dessen Grundfeste zerstört". Damit meinte er, daß die gesetzgebende Gewalt eben ein allgemeines Wesen sei, nicht an die persönliche Fürstensouveränität gebunden, denn in einem der nachfolgenden Sätze deutete er seine Einstellung an: „Was ein Volk über sich selbst nicht beschließen kann, das kann der Gesetzgeber auch nicht über das Volk beschließen." Was ist das hier andres als das, was Goethe mit dem Gewissen meint, „das keines Ahnherrn bedarf":

„Das selbständige Gewissen
ist Sonne deinem Sittentag."

Gegen den von der kleinstaatlichen Autorität verlangten Geist der Untertänigkeit wandte sich auch Wieland mit dem Gedanken aus der Zeit, daß die Leute nicht dem Gesetze, sondern nur der Strafe zu gehorchen schienen, was eines edlen Geistes unwürdig wäre.

„Unser menschliches Jahrhundert" (Schiller) führte sich bei Kant anders ein, als selbst der ostpreußische Geist von damals es vermuten ließ. In der Berliner Siegesallee erscheint Kant als der Adjutant Friedrich Wilhelms II. (1786 bis 1797), als Verkörperer des Zeitgeistes, der dem königlichen Thron assistieren durfte. Das kommt einer Verdrehung des Tatsächlichen gleich. Wie M. Kronenberg in seiner einwandfreien Darstellung über Kant ausführt, hat derselbe König an den reaktionären Staatsminister Wöllner ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderm hieß: „Desgleichen mit Kantens schädlichen Schriften muß es auch nicht länger fortgehen . . Diesem Unwesen muß absolut gesteuert werden, eher werden wir nicht wieder gute Freunde." Und Wöllner gab das getreulich weiter, ohne Schonung des Alters und ohne Rücksicht auf das Ansehen, das Kant im Auslande genoß. Der 70jährige Greis wurde aufgefordert, zu parieren, „widrigenfalls Ihr Euch bei fortgesetzter Renitenz unfehlbar unangenehmer Verfügungen zu gewärtigen habt". Was würden wohl all die nationalen Kläffer an unsern Universitäten sagen, wenn der Staat ihnen, deren Gehirne zu Hunderten nicht das des Kant aufwiegen, eine ähnliche — in der Republik bis jetzt leider versäumte und vernachlässigte — Sprache anwenden würde? Die Nachwelt würde es nicht so bedauern, wie wir es jetzt bei Kant tun.

Diese Methode der preußenstaatlichen Zensur erschien in außerpreußischen Landen unverständlich. Man nahm für Kant und gegen die reaktionäre Landesverwaltung Stellung. Der Braunschweiger Schulrat und Schriftsteller Joachim Heinrich Campe (1746 bis 1818) bot Kant all seinen Besitz an. Um es Kant zu erleichtern, wollte man ihn von Königsberg weg an die seinerzeit berühmte braunschweigische Landesuniversität in Helmstedt berufen. Einen schwereren Vorwurf, als er aus dem betreffenden Briefe Campes sprach, konnte sich die preußische Reaktion nicht aufladen. Es ist anzunehmen, daß Kant in seinen jüngern Lebensjahren vielleicht in den schönen Lappwald nach Helmstedt gezogen wäre, aber er war in der preußischen Zensurmühle schon zermalmt worden. Zum andern war er mit Ostpreußen verwachsen, hier war sein Körper geworden und zerfallen. Es war das Gefühl, was allen alten Leuten in der Regel eigen ist. So blieb er in Königsberg und — gehorchte. Je stärker und aufwärtsführender sein Denken und Darstellen wurde, um so mehr mürbe wurde sein Körper in den Alltäglichkeiten des Lebens, die ihn gerade in der Zeit bedrückten, wo er beim Sammeln seiner Kräfte gewesen ist. Welche physiologische Zermürbtheit und welche öffentliche Unachtsamkeit dem Genie gegenüber sprach aus dem Bekenntnis des alternden Junggesellen Kant: „Solange ich eine Frau brauchen konnte, konnte ich sie nicht ernähren; als ich sie ernähren konnte, konnte ich sie nicht mehr brauchen." Mit mehr als 40 Jahren kam er erst in eine gesicherte Staatsstellung, aus dem Hunger ist ihm sein kategorischer Imperativ geboren worden. Was hieße in diesem Leben Neigung, was Gefühlswärme — vielleicht zu Wöllner? Kalt und ehern geht das Schicksal um. Der Vorgang mit Wöllner und Friedrich Wilhelm II. erstickte in Kant den sich der Oeffentlichkeit verpflichtet fühlenden Professor. Der Denker aber rettete sich noch ein Dezennium in seine Einsamkeit.

In Preußen triumphierte wie immer der junkerliche Bürokrat über das Genie. Wegen einer Tonne Roggen hieb man mit Begeisterung auf den Erbfeind Napoleon los, die alte preußisch-germanische Glut stieg hoch, die „Erhebung", der „Geist von 1813"?! — Um Kant? Es gab nur ein Weimar und das lag nicht in Preußen. Hier in Weimar fühlten sich die Männer Immanuel Kant verbunden. Schiller sprach es aus: „Alle denkenden Kräfte verknüpft jetzt ein weltbürgerliches Band" Goethe beschwor die Künstler, an Kant zu denken, selbst seinen trocknen Akten im Staatsrat in Weimar verleibte er ein warmes Bekenntnis zu Kant ein. Das untergehende Preußen sah nicht die Kraft.

Entwicklungsgeschichtlich genommen ist Kant eine markante Figur, nicht des preußischen, aber des deutschen Geisteslebens. Wie es zu jener Zeit notwendig war, so lernte man durch seine Logik den Kern von der Schale unterscheiden und keiner ging um ihn herum, weder Dichter noch Philosoph, noch Politiker. Wir sind nun über hundert Jahre weiter. Andre Widerstände gilt es zu überwinden als Kant sie sah, andre Problemstellungen tauchen auf. Aber noch immer weist unser Denken auf Kant zurück. Die logische Analyse Kants krönte Goethe auf seine Art dichterisch in seinem „Faust". („Wer immer strebend sich bemüht . . .") Im neugebornen republikanischen Preußen ist der bürokratische altpreußische Geist ad acta gelegt, wegen „fortgesetzter Renitenz" nach Wöllnerschem Rezept beseitigt worden. Aber über all dem Neuen und durch die Entwicklung Bedingten leuchtet ab und zu wieder der, der in Altpreußen auf mancherlei Art starb, der große Weise von Königsberg, und erinnert uns an unsre Pflichten:

„Der bestirnte Himmel über mir,
das moralische Gesetz in mir." —

Säuberung im französischen Schulbuch

Angeregt durch unsern Aufsatz „Der deutsche Friedensbund" stellt uns der seit langem im Dienste der Friedens- und Verständigungspolitik wirkende Magdeburger Schulmann G. Pabel die nachstehenden Ausführungen zur Verfügung. Sie zeigen den ehrlichen Friedenswillen der französischen Lehrerschaft. Sie sind eine wirksame Gegenarbeit gegen die in Deutschland von „vaterländischer" Seite, insbesondere von dem Dolchstoßwissenschaftler Prof. Coßmann (München) in den „Süddeutschen Monatsheften" betriebene Irreführung.

Die Schriftleitung.

Vorbildliche Arbeit hat die französische Lehrerschaft in der Ausmerzung der kriegsverherrlichenden Schulbücher geleistet. Schon 1919 wurde damit auf ihrem Kongreß in Tours begonnen. Anatole France hatte den Anlaß dazu gegeben: „Haß dem Hasse! Verbrennt alle Bücher, die den Haß lehren! Verherrlicht die Arbeit und die Liebe! Erzieht uns vernünftige Menschen, die fähig sind, den eitlen Glanz barbarischen Ruhmes zu verachten und dem blutdürstigen Ehrgeiz des Nationalismus und Imperialismus zu widerstehen, die eure Brüder zermalmt haben!" —

Um aber ganze Arbeit zu leisten, wurde der Boykottbeschluß über die kriegsverherrlichenden Schulbücher gefaßt, den Verlegern wurde die Pistole auf die Brust gesetzt, die große Reinigungskur von allen chauvinistischen Tendenzen begann. Die Weltbuchhandlung Hachette, Paris, die noch einige Jahre vorher an ihren Schulbüchern „die gute Darstellung der deutschen Verbrechen und des französischen Heldenmutes" gerühmt hatte, mußte kapitulieren: „Wir haben den lebhaften Wunsch, unsre Kundschaft zufriedenzustellen und nehmen mit Vergnügen alle Beobachtungen und Vorschläge an, die Sie uns bitte übermitteln wollen." — Die Buchhandlung Gedalge, Paris, war durch das energische Vorgehen der Lehrerschaft gezwungen, 11000 Exemplare eines chauvinistischen Schulbuches einstampfen zu lassen, sie fand in den Schulen keine Abnehmer dafür. Heute kennen die Verleger die neue Situation und sind in entgegenkommender Weise bemüht, den Markt zu erobern. Barthou, Poincaré, Clemenceau u. a. haben bereits aufgehört, Lesebuchautoren zu sein, und überzeugte Friedensfreunde sind an ihre Stelle getreten: Perron, Lomont, Malot oder um einen uns Deutschen geläufigeren Namen zu nennen: Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts. Die französische Lehrerschaft bemüht sich außerdem, verständigungsfreundliche Broschüren und Kinderzeitungen herauszugeben und die Bevölkerung im Sinne der Völkerversöhnung aufzuklären. Wer einmal in den letzten Jahren mit französischen Lehrern zusammen war oder mit ihnen arbeitete, der wird mit dem Verfasser die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es nur noch eine Frage der Zeit — relativ kurzer Zeit — ist, bis der letzte chauvinistische Schmöker aus der französischen Schulstube entfernt und dorthin geworfen ist, wo er hingehört.

Wir entnehmen schließlich einer nicht vereinzelt dastehenden Denkschrift der Lehrerschaft folgende Auslassung: „Wir erblicken eine große Gefahr in diesem Unterricht, der darin besteht, nur die Grausamkeiten zu nennen, welche die gegnerischen Völker begangen haben. Ich weiß, was sich im kindlichen Gemüt abspielt, jedesmal, wenn man ihm diese barbarischen Handlungen erzählt. Ich bin Erzieher, ich höre seine Gedanken, ich errate sie im voraus: Was für Scheusale! Oh, diese dreckigen Boches! Man müßte sie alle umbringen! Und die junge, aufgestachelte Phantasie wird sich ein vollkommen falsches Bild vom Deutschen schaffen. Sie wird ihn sich als eine Art Apachen mit wild rollenden Augen vorstellen, jederzeit bereit, zuzubeißen, als ein Wesen, vor dem es sich ewig in acht nehmen heißt. Das ist es, was man unter dem Vorwand des „Nichtvergessens" in die Kindesseelen säen wird. Ich bedaure die Lehrer und Lehrerinnen, die diese Saat in die Seelen der Kinder gesät haben werden. Wenn später wieder Tausende von Leichen Europas Boden bedecken werden, sie sind es, die die Verantwortung dafür zu tragen haben werden!"

Der ehrliche Friedenswille der französischen Lehrerschaft — der nicht vor der Tat zurückschreckt — läßt sich kurz dahin zusammenfassen: 1. Wir wollen nicht mehr diese Geschichts- und Lesebücher, die tagtäglich die kleinen Schüler Frankreichs in das Museum der Kriegsgreuel führen! 2. Wir wollen nicht mehr eine entstellte Geschichte, die schon im Keime Mißtrauen, Verachtung, Haß und Krieg in sich birgt! 3. Wir stellen diejenigen Autoren auf den Index, die in ihren Werken die Wahrheit verdreht und dem Drängen des Hasses nachgegeben haben!

Den erhebenden Worten folgten die lobenswerten Taten. Wir haben uns der lohnenden Mühe unterzogen, ein weitverbreitetes Geschichtslehrbuch, das durch seinen stumpfsinnigen Chauvinismus bekannt war, einer Prüfung zu unterziehen — soweit uns die revidierten Auflagen zugänglich waren. Das Ergebnis zeigt nicht nur aufrichtiges Bemühen, sondern auch schrittweise positive Erfolge. Man urteile selbst:

1921.

Alter Geist. Säbelrasseln. Chauvinismusschwüle. „Deutschland war eifersüchtig, sich Frankreich von der Niederlage von 1870 wieder erheben zu sehen. Es wollte daher von 1875 an einen zweiten Krieg entfesseln. Aber der Zar Alexander setzte sich dem entgegen und erklärte: Nein, dieses Verbrechen wird nicht begangen werden! Da hatte Deutschland Furcht und wagte nicht, seine verbrecherischen Pläne weiter zu verfolgen. — Das hochmütige Deutschland wollte Europa beherrschen; um das aber zu erreichen, mußte es Frankreich zu Boden schlagen. Darauf bereitete es sich vor. 1883 schloß es mit Italien und Oesterreich den Dreibund. Das isolierte Frankreich war nun in großer Gefahr, angegriffen zu werden. Kaiser Wilhelm II. war ein sehr böser Mann. Anstatt seinem Volke zu sagen, daß sich der Fortschritt nur durch Arbeit verwirklicht, daß das Glück nur in der Güte, in der Ehrbarkeit, in der Gerechtigkeit liegt, sagte er ihm: Seht euch das so reiche, das so schöne Frankreich an! Seht seine Weiden, seine Weinberge, seine Ernten, seine Fabriken! Folgt mir in den Krieg, und alle diese Reichtümer werden euch gehören! Bis zu den Zähnen bewaffnet, werden wir bei den friedliebenden Franzosen einfallen und ihnen ihre Schätze rauben; sie werden eure Schätze werden! Die habgierigen Deutschen hörten auf ihren Kaiser. Auf ein Zeichen Wilhelms brach plötzlich der schrecklichste aller Kriege aus, und die Welt wurde in Feuer und Blut getaucht! Das schreckliche Blutbad begann in Belgien: Mord! Plünderung! Feuersbrünste!"

(Aus Gauthier et Deschamps: Histoire de France. Unterstufe, Seite 90—91.)

1924.

Neuer Geist? Der Rotstift des Zensors. Noch keine Säuberung von Grund auf. Aber doch schon weise Mäßigung im Vergleich zu 1921: „Der deutsche Kaiser entfesselt den Weltkrieg. Deutschland hörte nicht auf, Frankreich herauszufordern. Eines Tages, am 3. August 1914, erklärte uns der bösartige Kaiser von Deutschland, Wilhelm II., den Krieg. Es war ein furchtbarer Krieg, der Europa in Feuer und Blut tauchte."

(Dasselbe Buch, neue Auflage, Seite 92.)

1926.

Neuer Geist? Der Druck der Lehrerschaft auf Verfasser und Verleger macht sich schon geltend: „Deutschland und Oesterreich entfesselten den Krieg. 1914 brach der Weltkrieg aus, der erst 1918 endete. Dieser Weltkrieg, der von Oesterreich, und besonders von Deutschland gewollt wurde, war furchtbar. Er tauchte Europa in Feuer und Blut. Er tötete 7 000 000 Menschen, davon 1 500 000 Franzosen." (Dasselbe Buch, Februar-Auflage.)

1926.

Die neue Sachlichkeit. Neuer Protest der Lehrerschaft. Das Verlagshaus Hachette gibt erneut nach und vertraut die Neubearbeitung einem weniger belasteten Wissenschaftler, Herrn Aymard, an: „Der Ursprung des Weltkrieges. — Der Weltkrieg, begonnen im Jahre 1914, dauerte 50 Monate. Er hat Europa ruiniert: 10 000 000 Menschen kamen um! Von diesen 10 000 000 zählt Frankreich 1 500 000 Franzosen! Im Monat Juli 1914 fielen die Oesterreicher in Serbien ein. Um seine serbischen Schützlinge zu verteidigen, mobilisierte Rußland. Deutschland, der Bundesgenosse Oesterreichs, erklärte an Rußland den Krieg (1. August 1914). Frankreich, dem Bundesgenossen Rußlands, erklärte Deutschland den Krieg (3. August 1914). Dann erklärte England an Deutschland den Krieg. (Seite 124.)

Der Friede von Versailles. Der Friede wurde 1919 in Versailles unterzeichnet. Das siegreiche Frankreich erreichte die Wiederherausgabe von Elsaß-Lothringen. Der Friede von Versailles hat den Völkerbund begründet, dessen Ziel es ist, das verwünschte Gemetzel des Krieges zu vermeiden. (Seite 125.)

Die Republik hat 43 Jahre lang den Frieden aufrechterhalten. Seit unserm Unglück von 1870 hat die Republik bis 1914 mit den Völkern in Frieden leben können. Während der 10 Jahre, die dem Weltkrieg vorausgingen, hat Frankreich bei aller Wahrung seiner Würde das Verdienst gehabt, Konflikte zu vermeiden. Diese Bemühung um den Frieden ist einer der schönsten Züge unsrer Geschichte. Und seitdem das große Gemetzel der Völker 1918 sein Ende gefunden hat, hat sich die Republik mit ganzem Herzen dem Werke des Friedens zwischen den Staaten ergeben. Dieses Friedenswerk ist der Völkerbund. Es bleibt noch übrig, den sozialen Frieden durch größere Gerechtigkeit und größern Wohlstand zu vollenden. Darin wird die Ehre der dritten Republik liegen." (Seite 126.) (Dasselbe Buch, Oktober-Auflage.)

Erfreulich ist das Fehlen chauvinistischer Tendenzen (vgl. 1921). Tatsachen sollen sprechen: Zahl der Toten; die Kriegserklärungen. Die Kriegsschuldfrage ist umgangen.

1927.

Neuer Geist. Positive Betonung des Friedensgedankens. Ausblick in eine bessere Zukunft. Wirklicher Fortschritt Die Verbannung des Chauvinismus. „Der Völkerbund wurde gegründet, um die Menschheit gegen die Schrecken des Krieges zu schützen. Der Weltkrieg hat den Menschen grausam gezeigt, daß der Krieg für Sieger wie Besiegte gleich schädlich ist. Der Völkerbund wurde geschaffen, um die Wiederkehr einer Katastrophe, wie die, die Europa mit Blut und Trümmern bedeckt hat, zu vermeiden. Fast alle Staaten der Welt, einschließlich Deutschland, gehören ihm an. Sie haben die Verpflichtung übernommen, ihm ihre Streitigkeiten zu unterbreiten. Es ist ihm schon gelungen, gefährliche Kriegsdrohungen zu beseitigen. Mehrere Völker haben Schiedsgerichtsverträge unterzeichnet. Es ist Pflicht eines jeden guten Franzosen daran mitzuarbeiten, die Schäden zu beseitigen und zu wollen daß der Frieden endlich in der ganzen Welt erstehe."

(Dasselbe Buch, August-Auflage 1927.)

„Die im Syndicat National vereinigten 78 000 französischen Lehrerinnen und Lehrer beschließen im Bewußtsein ihrer Erzieherpflichten, in der Ueberzeugung, daß die Annäherung und das Zusammenarbeiten der durch den Krieg entzweiten Völker Aufgabe der Erziehung ist, die schon in der Schule beginnen muß, mit allen Kräften daran zu arbeiten, die Jugend zur Kenntnis und zu gegenseitigem Verständnis der Völker hinzuleiten und dadurch zur Verwirklichung des Friedens beizutragen." Haben sie Wort gehalten? Sicher, soweit es in ihrer Kraft stand; denn leicht ist ihr Ringen gegen jahrzehntealte Tradition nicht gewesen. Sie sind auch heute noch von herrlichem Kampfgeist erfüllt, der bald noch bessere Früchte zeitigen wird. —

Ein vorbildlicher Gauaufmarsch

Von dem unter stärkster Anteilnahme der Bevölkerung abgehaltenen Gautreffen in Breslau muß besonders berichtet werden.

Am 20. Juni, Sternmarsch der Breslauer Kameraden mit Fackeln. Auf die Minute pünktlich trafen straff marschierende Kolonnen am Sammelpunkt ein. Sonnabend früh Empfang der Oesterreicher, Marsch durch die Stadt in Begleitung mehrerer Hundertschaften. Sonnabend abend in den Sälen des Gewerkschaftshauses und andern Lokalitäten Begrüßungsfeiern. Vorbildliche Darbietungen unsrer Schutzsportler! Vorzügliches Spielen unsrer Kapellen, hervorragende Unterstützung durch Arbeitersportler!

Sonntag vormittag im Deli-Theater Festakt mit Fahneneinmarsch aller Gaufahnen, mit besonderm Jubel werden die Oesterreicher begrüßt. Kamerad Frey, Vorsitzender des Gaues, sprach Worte des Willkommens. Reichs- und Staatsbehörden, Polizei, Magistrat und Stadtverordnete waren in großer Zahl erschienen. Von den Vorständen der republikanischen Parteien konnten allerdings nur die Zentrumspartei und die Deutsch-Demokratische Partei begrüßt werden, da die Sozialdemokratische Partei offiziell nicht vertreten war. In der Stadt Breslau selbst liegt ja leider die Führung der SPD. immer noch in den Händen eines „Opponenten", dessen unfruchtbarer Radikalismus es zuwege bringt, daß dort die Parteileitung der Sozialdemokraten jede republikanische Zusammenarbeit ablehnt, das Reichsbanner bekämpft und sich statt dessen mit einem sogenannten Saalschutz von 60 oder 70 Mann (in einer Stadt von 500 000 Einwohnern) behilft, der durch seine besondern Methoden die politische Mitarbeit verekelt. Welche Wahlresultate die Folge dieser besondern Breslauer Eigentümlichkeiten gewesen sind, ist ja bekannt. Dabei ist die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteivorstands zum Reichsbanner bekannt, und man sollte auch in Breslau nachgerade wissen, daß keine republikanische Partei es wünscht oder dulden kann, daß eigne Schutzorganisationen innerhalb der Parteien gebildet werden.

Nach Frey sprach, stürmisch begrüßt, Kamerad Philipp Scheidemann. Scharf stellte er noch einmal fest, was der Parteivorstand anläßlich der Hallenser Vorgänge beschlossen hat und dankte dem Bundesvorstand für die energische und erfolgreiche Aufrechterhaltung der Ueberparteilichkeit des Bundes. Von der Energie und dem starken Führungswillen der Gegner könnten wir mancherlei lernen. Klarheit und energische Führung würde uns aus der Verdrossenheit und dem Elend der Gegenwart herausbringen und den Republikanern neuen Aufstieg verschaffen können. „Dem Mutigen gehört die Welt und die politische Macht!" Sein Ruf an die Parteien laute deshalb: Nutzt eure Macht! — Es sei nicht daran zu denken, daß irgendeine der republikanischen Parteien in absehbarer Zeit allein regieren könne, das günstigste, was erreichbar sei, sei eine Regierung der Weimarer Koalition bzw. eine solche als Kern einer großen Koalition. Deshalb müsse alle politische Tätigkeit sich von jeder Illusionspolitik freihalten. Anders sei den Nöten des Volkes nicht beizukommen.

Kamerad Dr. Spiecker von der Zentrumspartei setzte sich ausführlich mit den Gründen der politischen Verdrossenheit, die auch so viele Republikaner bereits befallen hat, und die die Ursache mancher gegnerischer Erfolge ist, auseinander. Kleinliche Kuhhandelei, mit der seit langem regiert wird, brachte uns nicht, was wir brauchen, nämlich eine Besserung der Lebensverhältnisse im deutschen Reiche. „Das höchste Recht ist das Recht zu leben." Der entschiedenen Verbesserung der Lebensverhältnisse müssen sich deshalb die republikanischen Parteien zuwenden. Die Bekämpfung der Nationalsozialisten sei leider mehr eine Aufgabe der Polizei als der Politik. Man müsse von den politischen Parteien auch deshalb verlangen, daß sie sich endlich aufraffen und den Staat zwingen, seine Machtmittel gegen das politische Rowdytum mit aller Schärfe einzusetzen. Auch Dr. Spiecker setzte sich nachdrücklich ein für die große Koalition unter möglichst starker Beteiligung der Weimarer Koalition.

Kamerad Lemmer von den Demokraten sprach knapp und klar in gleichem Sinne.

Kamerad Crohn als Vertreter des Bundesvorstands wies auf das Wirtschafts- und Finanzprogramm hin, das Otto Hörsing Pfingsten 1930 in Magdeburg verkündet hatte. Wenn wir auch im Reichsbanner selbst überparteilich seien und bleiben müßten, so müßten wir doch jeder in seiner Partei „die Radikalen" sein. Radikal nicht im Sinne derer, die den für radikal halten, der am lautesten schreit und die unerfüllbarsten Forderungen aufstellt, sondern radikal in der Richtung, daß wir von unsern Parteileitungen und Abgeordneten fordern, daß sie so viel Macht für die republikanischen Parteien im republikanischen Sinne in Anspruch nehmen, als die Wählerstimmen ihnen verschafft haben. Mandate sollten wir in Zukunft nur denen geben, von denen wir gewiß sind, daß sie ihre ganze Kraft für einen republikanischen Erfolg und für eine Gegenwartspolitik einsetzen. —

Dieser Kundgebung folgte der Marsch zum Exerzierplatz. Von drei Tribünen sprachen dort in knapp 10 Minuten Scheidemann, Spiecker und Lemmer zu den Massen. Dann setzte der Abmarsch ein durch die reich geflaggten Straßen. Fast eine Stunde dauerte der Vorbeimarsch. In großen Gartenlokalen dauerten dann die Volksfeste bis spät in die Nacht. —

Eine gemeine Tat

In Frankfurt am Main unterhält das Reichsbanner ein Motorboot, das dem Rettungsdienst auf dem Main dient. Am Sonnabend, dem 21. Juni, wurde das Boot bei Ausübung des Dienstes von einer Gruppe Kommunisten, die an der alten Mainbrücke badeten, mit Steinen beworfen. Durch Schüsse mit einer Schreckschußpistole wurde die Polizei herbeigerufen, die sogleich tatkräftig einschritt. Es ist unerhört, daß nicht einmal der Rettungsdienst ungehindert auf dem Main tätig sein kann. —